

## Schweiz



Gewerkschafter Paul Rechsteiner. Foto: Severin Bigler (Lunax)



Aussenminister Ignazio Cassis. Foto: Kilian J. Kessler (Ex-Press)

## «Cassis hat den Kopf verloren»

Gewerkschafter Paul Rechsteiner greift Aussenminister Ignazio Cassis heftig an. Der Streit um den Lohnschutz verschärft sich. Die Kantone sind ratlos, aber gesprächsbereit.

Fabian Schäfer und Markus Brotschi

Eines hat FDP-Bundesrat Ignazio Cassis erreicht: Seit Mittwoch wissen alle, wie heftig die Debatte über das Rahmenabkommen mit der EU wird. Neben der rechten Front zur SVP hat Cassis nun auch die linke eröffnet. Zum Entsetzen der Gewerkschaften sagte er plötzlich am Radio, bei den flankierenden Massnahmen seien andere Wege nötig. Man müsse «über seinen Schatten springen» und «kreative Lösungen suchen».

Das war zu viel. Gestern traten die Spitzen der grossen Gewerkschaften vor die Medien. Ihre Botschaft: Bei den flankierenden Massnahmen weichen sie keinen Millimeter. Diese schützen die hohen Löhne und die Arbeitsbedingungen in der Schweiz gegen den freien Personenverkehr. Cassis' Departement beteuert zwar, eine Aufweichung dieses Schutzes sei kein Thema. Doch die Gewerkschafter glauben ihm nicht. «Bundesrat Cassis hat den Kopf verloren und setzt die Bilateralen aufs Spiel», kritisierte Paul Rechsteiner, Präsident des Gewerkschaftsbunds. Adrian Wüthrich von Travailluisse sekundierte: «Dass Cassis während der

Verhandlungen mit der EU und ohne vorher das Gespräch mit uns zu suchen, einknickt und öffentlich signalisiert, dass er bereit ist, beim Lohnschutz nachzugeben, ist mir unbegreiflich.» Die Warnung der Gewerkschaften ist drastisch: Wenn die Schweiz den Lohnschutz nicht mehr garantiert, sei der bilaterale Weg zu Ende.

### «Ignoranten»

Im Zentrum steht die Acht-Tage-Regel: Jeder Handwerker aus der EU muss sich acht Tage vorher anmelden, wenn er in der Schweiz einen Auftrag ausführen will. Cassis tönte an, dass es eventuell mit einer App möglich sei, die Frist auf vier Tage zu kürzen. Doch die Gewerkschaften bleiben hart: Acht Tage seien das Minimum, um wirkungsvolle Lohnkontrollen durchführen zu können. Wer das anders sieht, ist nach Rechsteiner ein «Ignorant».

Neben den Gewerkschaften spielen in dieser Frage die Kantone eine zentrale Rolle. Der Basler Regierungsrat Christoph Brutschin (SP) reagierte gestern vorsichtig zurückhaltend: «Ich kann mir momentan nicht vorstellen, wie wir der EU hier entgegenkommen können, ohne

den Lohnschutz aufzuweichen.» Doch: «Wenn uns der Bundesrat aufzeigt, wie das möglich ist, sind wir sicher gesprächsbereit.» Brutschins Wort hat Gewicht, da er eine betroffene Grenzregion vertritt und der Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren vorsteht. Seine Aussagen verdeutlichen das Dilemma: Ohne Rahmenabkommen hält er die Bilateralen für gefährdet, und ohne diese den Wohlstand der Schweiz. Gleichzeitig komme aber auch ein Abbau des Lohnschutzes nicht infrage. Daran, dass die EU ein Entgegenkommen erwartet, zweifelt der Basler nicht. «Ich weiss aus direkten Kontakten mit Unternehmern aus dem süddeutschen Raum, dass diese die Acht-Tage-Regel tatsächlich als Schikane wahrnehmen.»

Der Volkswirtschaftsdirektor des Grenzkantons Aargau, Urs Hofmann (SP), sagt es so: Ein Abbau des Schutzniveaus sei inakzeptabel. «Ob im Einzelnen geringfügige Modifikationen denkbar wären, könnte erst aufgrund konkreter Vorschläge beurteilt werden.»

Vernichtet ist dafür die Kritik aus Genf: Der rechte Sozialdirektor Mauro Poggia findet Cassis' Vorschlag «unverantwortlich». Wenn der Bundesrat auf

Druck Brüssels alle Schutzmassnahmen für inländische Arbeitnehmer aufhebe, würden die Stimmbürger bei der nächsten Abstimmung zu den Bilateralen die Quittung erteilen. Die Leute liessen sich nicht für dumme verkaufen, so Poggia.

### Auch Gewerbler skeptisch

Die flankierenden Massnahmen sind auch dem Gewerbe wichtig. Hans-Ulrich Bigler (FDP), Direktor des Gewerbeverbands, sagt: «Würden wir heute unsere Mitglieder befragen, wäre die Mehrheit vermutlich gegen Konzessionen.» Trotzdem findet er, man müsse diese Frage offen diskutieren. «Tabus helfen uns nicht weiter.» Entscheidend sei das Gesamtpaket: «Bringt das Rahmenabkommen genug Vorteile, finden möglicherweise auch Änderungen bei den flankierenden Massnahmen eine Mehrheit.»

Bundesrat Cassis selbst hatte gestern einen weiteren Auftritt, diesmal ohne Überraschung. In einem Referat in Bern bezeichnete er die flankierenden Massnahmen wieder als rote Linie. Und er verdeutlichte, dass auch ein Scheitern des Rahmenabkommens möglich sei. Dann werde man eben nach den Wahlen, Ende 2019, weiterschauen.

## «Das wird sehr knapp ausgehen»

Rita Famos tritt morgen in Schaffhausen gegen Kirchenbundpräsident Gottfried Locher an. Ihre Kandidatur macht diesen nervös.

Dölf Barben

Showdown am Tag des Herrn: Die 70 Abgeordneten werden morgen in Schaffhausen die Wahl haben. «Das allein ist schon ein grosser Erfolg», sagt Ruth Kremer-Bieri, Pfarrerin im Kanton Aargau. Und sie sagt: «Es wird sehr knapp ausgehen.» Viele Abgeordnete hätten sich bisher noch bedeckt gehalten. Kremer gehört zu jenen vier Frauen aus der Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), die Rita Famos als Herausforderin portiert haben. Die 52-jährige Pfarrerin hatte sich erst Ende Mai entschieden, Gottfried Locher, den seit 2011 amtierenden Präsidenten des SEK-Rats, herauszufordern. Mittlerweile ist die Liste mit Personen, die Famos unterstützen, beachtlich lang.

Doch wer ist die Frau, die es innert Kürze fertig brachte, den Amtsinhaber aus der Reserve zu locken? Schliesslich gab Locher gegenüber den Medien zunächst keine Stellungnahmen ab. Erst vor wenigen Tagen entschloss er sich, Interviews zu geben. Und diese Woche erst schrieb er den Abgeordneten einen Brief, damit sie «direkt von mir hören». Kein Zweifel, Locher ist nervös.

Rita Famos-Pfänder stammt aus dem Kanton Bern. Sie wurde in Zweisimmen geboren, wuchs in Utzenstorf auf, studierte in Bern, in den USA und im deutschen Halle Theologie. Ihr erstes Pfarramt übernahm sie in Uster, weil ihr Mann in St. Gallen studierte. Sie ist Mutter zweier erwachsener Kinder. Seit 2013 leitet sie bei der Zürcher Kantonalkirche die Abteilung Spezialseelsorge. Von 2009 bis 2011 trat sie im «Wort zum Sonntag» auf. Und auch im SEK ist sie eine Insiderin: Zwischen 2011 und 2014 war sie Mitglied des Rats – unter Gottfried Locher.

### Dirigentin Famos, Solist Locher

Doch worin unterscheidet sie sich von Locher? Famos spricht zuerst vom Amt und vom Führungsverständnis und veranschaulicht dies anhand eines Orchesters. Sie sehe sich eher als Dirigentin, die mit den verschiedenen Registern am Klang arbeite. Locher sieht sie eher als Solisten, der zu Hause übe und sich dann vom Orchester begleiten lasse. «Beides ergibt schöne Konzerte», sagt sie.

«Urreformiert» ist für Famos das, was ihr vorschwebt: das gemeinsame Ringen um Positionen, an dem sich Theologen und Laien beteiligen. Locher habe sich zwar auch dazu bekannt, die geistliche Leitung bei den Schweizer Reformierten neu dem Präsidenten, dem Rat und der Synode zu übertragen und nicht alleine dem Präsidenten. Nonverbal irritierte er aber das reformierte Selbstverständnis weiterhin – etwa indem er das grosse Hugenottenkreuz trage.

Auslöser für ihre Kandidatur war die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens vom 25. Mai. Locher war darin schlecht weggekommen – unter anderem wegen alter Aussagen zur Prostitution und zur angeblichen Feminisierung des Pfarrerberufs. Da sei ihr klar geworden, sagt Famos, dass gegenüber Locher «schwelender Unmut» vorhanden sei und es keine Gegenkandidatur gebe. Und in diesem Moment seien von zwei Seiten Leute auf sie zugekommen und hätten sie zu diesem Schritt ermuntert.

Dieser sei viel zu kurzfristig erfolgt, wird Famos nun da und dort vorgeworfen. Diese Kritik weist sie zurück: Es handle sich ja nicht um eine Volkswahl. «Ich bin der Ansicht, dass 70 Leute sich auch in relativ kurzer Zeit eine Meinung bilden können», sagt sie. Zumal sie den meisten ja bekannt sei.

Rita Famos  
Pfarrerin

## SVP schießt scharf gegen die bundesrätliche Agrarpolitik

Die Bauern misstrauen dem Bundesrat in der Agrarpolitik. Auch die SVP hält nicht zurück mit Kritik zu dessen Vorgehen. Gestern fällte der Bundesrat erste Endscheide.

Christoph Aebischer

Nach dem Eklat zwischen Bauern und Bundesrat rund um die Marköffnung bleibt das Verhältnis zwischen den Kontrahenten angespannt. Kurz nachdem der Bundesrat gestern eine Mitteilung zur Agrarpolitik ab 2022 verschickt hatte, schoss die SVP scharf: Der Bundesrat habe den «grossen Unmut der Landwirte nicht verstanden», teilte die

Partei per Communiqué mit. Sie droht mit einer Demonstration. Doch was der Bundesrat gestern verlauten liess, tönt wenig kontrovers. Vielmehr signalisiert er, dass er respektiert, was der Nationalrat am 4. Juni verlangt hatte. Nämlich Freihandel und Agrarpolitik zu trennen. Auch den Entscheid zur Trinkwasserinitiative, welche die Bauern fürchten, fiel in deren Sinne aus: Der Bundesrat lehnt das Volksbegehren ab, und er verzichtet auf einen Gegenvorschlag.

Was also veranlasst die SVP, derart auf den Putz zu klopfen? Angefragte SVP-Nationalräte waren selbst überrascht und wiesen auf Parteipräsident Albert Rösti, der aber nicht erreichbar war. Angeblich geht es um ein geheimes Aussprachepapier im Bundesrat. Bauernpräsident und CVP-Nationalrat

Markus Ritter will zwar nicht in die Kritik der SVP einstimmen, aber auch er ist alarmiert. Doch: «Mir fehlen im Moment die Grundlagen zur Beurteilung der bundesrätlichen Absichten.»

Jürg Jordi vom Bundesamt für Landwirtschaft will das Communiqué der SVP nicht kommentieren. Er bestätigt einzig, dass der Bundesrat als Leitlinien drei Punkte beschlossen habe: Erstens sollen Bauern einen grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum erhalten. Zweitens sollen marktbehindernde Massnahmen reduziert werden. Drittens steht eine Verringerung der Umweltbelastung im Fokus. So sollen zum Beispiel die berechtigten Anliegen der Trinkwasserinitiative in der Agrarpolitik aufgegriffen werden. Erste Massnahmen laufen bereits, etwa der Aktionsplan Pflanzen-

schutz. Er hat eine Halbierung der Risiken bis 2030 zum Ziel. Statt Pestizid spritzenden Bauern Subventionen zu streichen, könnte sich der Bundesrat zudem vorstellen, nicht spritzende Bauern mit Direktzahlungen zu belohnen.

Schliesslich bekennt sich der Bundesrat zu einer finanziellen Unterstützung der Bauern im heutigen Rahmen. Heute fließen pro Jahr rund 3,7 Milliarden Franken Direktzahlungen und andere Unterstützungsgelder. Licht ins Dunkel dürfte erst die Botschaft zur Agrarpolitik bringen. Der Bundesrat hat sie für den Herbst angekündigt. Das Landwirtschaftsdossier bleibt somit heiss umkämpft. Die erhoffte Entspannung nach der Rückweisung der umstrittenen bundesrätlichen Gesamtschau durch den Nationalrat ist bisher nicht eingetreten.